



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

99. Sitzung (öffentlich)

2. Oktober 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 12:45 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

1 Vom Rückschritt zum Fortschritt: Der Entwurf einer Mieterschutzverordnung der Landesregierung muss verändert werden!

8

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9037

Ausschussprotokoll 17/1092 (*Anhörung am 21.08.2020*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

2 Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen 19

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8298

Stellungnahme 17/2528
Stellungnahme 17/2666
Stellungnahme 17/2691
Stellungnahme 17/2742
Stellungnahme 17/2743
Stellungnahme 17/2749
Stellungnahme 17/2753
Stellungnahme 17/2816
Stellungnahme 17/2857
Stellungnahme 17/2916
Stellungnahme 17/2919

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3851

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf abzulehnen.

3 Care-Arbeit in Nordrhein-Westfalen sichtbar machen und besser unterstützen 22

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8765

Ausschussprotokoll 17/1088 (*Anhörung am 20.08.2020*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

- 4 Gesetz über die Gewährung von Wertschätzungsprämien und die Stiftung von Ehrenzeichen im Brand- und Katastrophenschutz (Prämien- und Ehrenzeichengesetz – PräEG) – Wertschätzung für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte** **24**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/10857
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die AfD-Fraktion ab.
- 5 Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplans Nordrhein-Westfalen (Teilplan für gefährliche Abfälle)** **26**
- Unterrichtung
des Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/11138
- Vorlage 17/3550
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.
- 6 Missbrauch der EU-Freizügigkeit verhindern – Rechte der Ausländerbehörden stärken** **27**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/10645
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, das Ergebnis der schriftlichen Anhörung des federführenden Ausschusses abzuwarten.

- 7 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen** **28**
- Bericht
der Landesregierung
- in Verbindung mit:
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3961
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 8 Weitere/ergänzende wissenschaftliche Überprüfung der Einwohnergewichtung im Kommunalen Finanzausgleich NRW – Gutachten des Walter Eucken Instituts (WEI) (Tagesordnungspunkt auf Wunsch der Landesregierung)** **32**
- Vorlage 17/3858
- Wortbeiträge
- 9 Digitalisierung des Bauens in Nordrhein-Westfalen (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)** **33**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3894
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - keine Wortbeiträge
- 10 Intransparente Wahlkampffinanzierung von OB-Kandidatin Reker und anderer parteiloser Bürgermeisterkandidaten – woher kommt das Geld? (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2])** **35**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3938
- Wortbeiträge

11 Verschiedenes**a) Vorratsbeschlüsse zu erwarteten Überweisungen der anstehenden Plenarsitzungen 37**

Der Ausschuss kommt überein, für den Fall der federführenden Überweisung des Gesetzentwurfs zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Einheitslastengesetzes Nordrhein-Westfalen an den AHKBW eine Anhörung in der vom Vorsitzenden dargestellten Form durchzuführen.

Der Ausschuss kommt überein, für den Fall der federführenden Überweisung des Gesetzentwurfs zum Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder an den AHKBW eine Anhörung in der vom Vorsitzenden dargestellten Form durchzuführen.

b) GFG 39**c) Einzelplan 08 41****d) Teilhabebericht NRW, Vorlage 17/3538 42****e) Vorstellung von Produkthaushalten in Einzelplänen ausgewählter Fachausschüsse 42****f) Ausschusssitzung am 30. Oktober 2020 42**

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Bedarfstermin am 30. Oktober 2020 aufzuheben.

11 Verschiedenes

a) **Vorratsbeschlüsse zu erwarteten Überweisungen der anstehenden Plenarsitzungen**

Vorsitzender Hans-Willi Körfges teilt mit, der Gesetzentwurf zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Einheitslastengesetzes Nordrhein-Westfalen werde aller Voraussicht nach federführend an den AHKBW überwiesen. Eine Anhörung dazu könne am 6. November 2020 von 14:00 bis 16:00 Uhr stattfinden, um sodann am 20. November 2020 auszuwerten und zu beschließen. In Anbetracht der Bedeutung des Themas für die Kommunen schlage er vor, die kommunalen Spitzenverbände vor die Klammer zu ziehen und darüber hinaus je Fraktion zwei Sachverständige zu benennen.

Der Ausschuss kommt überein, für den Fall der federführenden Überweisung des Gesetzentwurfs zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Einheitslastengesetzes Nordrhein-Westfalen an den AHKBW eine Anhörung in der vom Vorsitzenden dargestellten Form durchzuführen.

Sodann spricht der Vorsitzende den Gesetzentwurf des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder an, der aller Voraussicht nach federführend an den AHKBW überwiesen werde. CDU und FDP regten eine schriftliche Anhörung zum 6. November 2020 an.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) hält eine schriftliche Anhörung mit Blick auf die Bedeutung des Gesetzes und die diversen Folgen für völlig undenkbar.

In diesem Fall schlage er eine weitere Anhörung am 6. November 2020 mit der gleichen Anzahl von Sachverständigen wie unter a) vor, so **Vorsitzender Hans-Willi Körfges**. Dies setzte eine schnelle Protokollierung sowie eine kurze Befassung mit dem Thema und den Beschluss am 20. November 2020 voraus.

Der Sitzungsdokumentarische Dienst arbeite vorbildlich und werde den Ausschuss bei der Unterstützung der Fristen sicherlich vorbildlich unterstützen; insofern habe er den Vorschlag nicht aus der hohlen Hand vorgetragen. Dieses Vorgehen stelle die Landtagsverwaltung vor erhebliche Herausforderungen; allerdings sei ihm zugesichert worden, dass die Verwaltung sie werde stemmen können.

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) weist darauf hin, die Landesregierung müsse aufgrund der Gesetzesänderung durch den Deutschen Bundestag zwingend noch in diesem Jahr auszahlen, was einen Beschluss noch im November voraussetze.

Guido Déus (CDU) teilt mit, um den Zeitplan einhalten zu können, beharre seine Fraktion auf einer schriftlichen Anhörung.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges erläutert, eine schriftliche Anhörung bringe keinen zeitlichen Vorteil gegenüber einer Präsenzanhörung. Zudem sei nach seiner Auslegung der Geschäftsordnung eine schriftliche Anhörung nur ausnahmsweise und auch nur dann möglich, wenn sich alle Fraktionen einig seien.

Auf den Einwurf von **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)**, nach der Geschäftsordnung laufe es im Zweifel sowieso auf eine Präsenzanhörung hinaus, wirft ihm **Fabian Schrumpf (CDU)** vor, er wolle das Verfahren blockieren, was **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** wiederum als Unverschämtheit bezeichnet.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges empfiehlt mit Blick auf die enge Zeitvorgabe dringend, sich heute zu verständigen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) stellt fest, alle Fraktionen wollten eine zügige Beratung und eine Abstimmung im November möglich machen, was das vom Vorsitzenden vorgeschlagene Verfahren ermögliche. Die Landesregierung müsse allerdings grundsätzlich so frühzeitig eine Vorlage einbringen, dass das Parlament wenigstens ansatzweise darüber beraten könne.

Stefan Kämmerling (SPD) betont, die Kommunen brauchten das Geld für ihre Arbeit, sodass es natürlich darum gehe, den engen Zeitplan einzuhalten, ohne sich das Leben gegenseitig schwer zu machen. Er wirft der CDU-Fraktion vor, unvorbereitet zu sein, wenn sie trotz § 57 Geschäftsordnung versuche, auf einer schriftlichen Anhörung zu bestehen.

Stephen Paul (FDP) räumt ein, die Koalitionsfraktionen hätten den Vorschlag einer schriftlichen Anhörung für völlig unstrittig gehalten. Insofern erwecke es zwar ein gewisses Misstrauen, dass die Opposition so sehr auf eine Präsenzanhörung dränge; gleichwohl zögen die Koalitionsfraktionen ihren Vorschlag für eine schriftliche Anhörung zurück.

Der Ausschuss kommt überein, für den Fall der federführenden Überweisung des Gesetzentwurfs zum Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder an den AHKBW eine Anhörung in der vom Vorsitzenden dargestellten Form durchzuführen.